

Beschlussvorlage

Erarbeitet von (Amt): Gemeinderat

Datum: 17.05.2021

Sachbearbeiter/-in: Extern

Vorlagennummer: GR/006/2021

Nr.	Beschluss-, Beratungsgremium	Öffentlichkeitsstatus	Sitzungstermin
1	Gemeinderat	öffentlich	01.06.2021

Betreff:

Antrag AfD-B. Riesner-Fraktion im Gemeinderat Schkopau - Zwangstestung an Schulen sofort stoppen

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat Schkopau möge in seiner Sitzung am 01.06.2021 beschließen:

Die Gemeinderatsmitglieder der Gemeinde Schkopau stellen fest und beschließen in der Sitzung am 01.06.2021, dass es ein Angriff auf das hohe demokratische und im Grundsatz zugesicherte Gut der persönlichen Freiheit und Unversehrtheit darstellt wenn es bspw. an Schulen zu Zwangstestungen gesunder Schüler und Mitarbeiter ohne Symptome kommt. Dieses verfassungswidrige Agieren an Kitas, Schulen und öffentlichen Einrichtungen ist umgehend einzustellen. Die diesbezüglichen Landesbehörden werden mit diesem Beschluss darüber in Kenntnis gesetzt, dass Ihrerseits ein verfassungswidriges Handeln vorliegt und dieses umgehend zu revidieren ist.

Sachverhalt:

Unsere Fraktion tritt für Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung ein: Wer sich testen lassen will, der soll das tun. Einen Testzwang lehnen wir indes ab. Inzwischen ist durch Untersuchungen in Schweden seit Frühjahr 2020 wissenschaftlich belegt, dass Schüler keine relevante Übertragungsgruppe für den Coronavirus im Bezug zur Lehrerschaft/Eltern darstellen. Aufgrund der geringen Virenlast bei jüngeren Menschen und Kindern wirken

Schulen sogar eher noch als Vorreiter einer relativ gefahrfreien Immunisierung der Gesellschaft und nicht als Infektionsherde (dazu auch das Testergebnis der TU Dresden).

Hinzu kommt, dass die verwendeten PCR-tests aufgrund ihrer Hohen Empfindlichkeit häufig falsch-positive Ergebnisse liefern, da längst überwundene Covid-Erkrankungen von Prof. Ulrike Kämmerer aus Würzburg, oder Frau Dr. Ines Kappstein aus Passau).

Pflichttests sind daher keine geeigneten Maßnahme zur Bekämpfung einer Ausbreitung des Coronavirus, sondern lediglich ein Mittel um die Inzidenzwerte und die Angst in der Bevölkerung möglichst hoch zu halten und so die verfassungswidrigen, antiföderalen Ermächtigungsmaßnahmen der Bundesregierung zu legitimieren.

Auf dieser Faktengrundlage ist eine massenhafte Zwangstestungen von Schülern und Mitarbeitern nicht zu rechtfertigen. Im Gegenteil: Ein solcher flächendeckender Eingriff in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und persönliche Freiheit ist offen verfassungswidrig und wie bereits beschrieben kontraproduktiv zur Bekämpfung der tatsächlichen Viruserkrankungen. Hier sollten wir als Gemeinderäte klar im Sinne unseres Grundgesetzes, der Bürgerrechte und der vernünftigen Strategie zur Virenabwehr entscheiden.

Finanzierung:

Die Ausführung dieses Beschlusses wirkt sich finanziell auf den Haushalt aus:

ja nein

Haushaltsjahr:

Haushaltsstelle:

Betrag in Euro:

einmalig jährlich

Deckungsmittel:

- stehen auf der entsprechenden Haushaltsstelle zur Verfügung
- stehen nicht zur Verfügung

Anlagenverzeichnis:

Antrag Zwangstestung an Schulen sofort stoppen